

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 7

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

wohl Leopold Ziegler. Dies summarisch für das Allgemeine, für den Untergrund dieses singulären Buches. Was nun das Spezielle angeht, nämlich den Lehrplan dieser utopischen Schule, so dieses: die Fächer teilen sich in drei Unterrichtsgruppen. A. Kräfte der Überlieferung: Sprachen, Geschichte, Religion. B. Kräfte der Naturergründung: Mathematik, Physik, Chemie. C. Kräfte der Wirtschaft: allgemeine Bio-Morphologie, politische Anthropologie, ökonomische Anthropologie, Charta der Verantwortungen.

Es wäre sinnlos, aus dem gigantischen Bau Einzelnes herauszugreifen. Dem Wissenden oder doch Ahnenden besagt schon dies Schema genug. Und für die andern hat Ziegler ohnehin nicht geschrieben. Er wird wohl noch eine gute Weile ein Denker bleiben, der nur für einen kleinen Kreis sinnt und schreibt. Aber dieser Kreis kann sich ergänzen von überallher. . .

Eines jedenfalls wird gerade aus seinem Buch wiederum mit letzter Eindringlichkeit klar: daß jede bewegte Pädagogik zusammenfällt mit der geistigen Bewegtheit einer Zeit. Daß sie aus Not geboren ist wie diese! Wer erneuern will, weil er erneuern muß, der setzt seine Hoffnung auf das emporsteigende Geschlecht, der bemüht sich um die Reform von Form oder Inhalt der Erziehung oder von beidem zugleich. Nicht immer erfüllen sich all seine Blühtträume. Doch ebensofelten wohl blieb solche Bemühung zur Gänze ohne die Frucht.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Weiter im Schlepptau des Protektors: Mandchurei, Völkerbund und „Neue Zürcher Zeitung“.

Die Vorgänge in der Mandchurei, die Mitte September die in Genf versammelten Rats- und Versammlungsmitglieder des Völkerbundes in Aufregung und Spannung versetzten, sind nicht ohne Vorläufer. Vom Jahre 1894 an nimmt Japan, in Befolgung alter außenpolitischer Überlieferungen, seine Pläne auf dem asiatischen Festland wieder auf. Am 1. August jenes Jahres bricht der chinesisch-japanische Krieg aus. Den leichten Siegen Japans sucht zuerst England Halt zu gebieten, das in China bisher den Damm gegen das russische Vordringen nach Ostasien erblickt hatte. Allmählich kehrt aber die englische Politik. Nach dem Frieden von Schimonoseki, der Korea aus der bisherigen Oberherrschaft Chinas „befreit“ und seine „volle und lückenlose“ Unabhängigkeit herstellt, Japan den Besitz der Liaotung-Halbinsel u. a. m. einträgt, erhebt Rußland, unterstützt von Frankreich und Deutschland, Einspruch. Japan muß Liaotung wieder herausgeben. Rußland drängt in den folgenden Jahren machtvoll nach Ausdehnung im Osten. 1896 erhält es von China das Recht, die sibirische Bahn über chinesisches Gebiet,

durch die nördliche und mittlere Mandschurei auf geradem Wege nach Wladimostok zu führen. Ein südlicher, von Charbin über Mukden abzweigender Strang, soll das Meer in Dalni und Port Arthur erreichen. Die Bahnanlagen dürfen durch russische Besatzungen geschützt, auf der Halbinsel Liaotung russische Befestigungen errichtet, die Bergwerke der Mandschurei durch Rußland ausgebeutet werden. In Korea, das, jahrhundertlang an China angelehnt, sich in seiner Unabhängigkeit nicht zurechtzufinden vermag, ringt es mit Japan um den bestimmenden Einfluß. Während des Boxeraufstandes von 1900, in dem Japan, trotz seines asiatischen Hasses gegen die Europäer, mit diesen gemeinsame Sache machen muß, nimmt Rußland „zur Sicherung seiner Bahnanlagen“ von den wichtigsten Plätzen bis über Mukden hinaus militärisch Besitz. Diese Besetzung sollte, nach einer Vereinbarung mit China, solange dauern, bis Rußland sich von dem Eintreten der Beruhigung der Provinz überzeugt habe; ein russischer Ministerresident in Mukden diente dem chinesischen Militärgouverneur als Berater.

Die Antwort auf dieses russische Vorgehen war das englisch-japanische Schutzbündnis von 1902. Im Februar 1904 brach der russisch-japanische Krieg aus. Rußland wurde geschlagen. Durch den Frieden von Portsmouth vom September 1905 anerkennt es Japans beherrschende Stellung in Korea, tritt ihm seine Rechte auf Liaotung und die mandschurische Eisenbahn von Port Arthur bis Tschangtschun westlich Kirin ab. Der Einspruch Chinas, daß der Krieg auf seinem Gebiet geführt worden und daß es keine Vertragsbestimmung anerkenne, die nicht von ihm genehmigt worden sei, wird nicht beachtet. Immerhin läßt sich Japan die von Rußland übernommenen Rechte nachträglich von ihm anerkennen und verpflichtet sich zur Zurücknahme seiner „militärischen Eisenbahnwachen“, sobald „die Ruhe in der Mandschurei wieder hergestellt sei“. Seither baut es seine militärischen und wirtschaftlichen Stellungen in der Mandschurei systematisch aus, zahllose japanische Geschäfte, Banken, industrielle Unternehmungen lassen sich nieder, japanische Bauern siedeln sich an, neue Eisenbahnstränge werden gelegt. Die koreanische Unabhängigkeit von 1894, die nie anders als eine Abhängigkeit von Japan gedacht war, wird mehr und mehr beschnitten, bis 1910 Korea nach der Ermordung des japanischen Fürsten Ito durch Koreaner, kurzerhand dem japanischen Kaiserreich einverleibt wird. Ein Strom japanischer Einwanderer hatte es schon vorher völkisch in Besitz genommen.

Im Frieden von Portsmouth war dem fremden Handel in der Mandschurei „offene Türen“ gewährleistet. Die faktischen Besitzer der Mandschurei, Japan und Rußland, hielten sich nicht daran. Der amerikanische Staatssekretär Knox schlägt daher 1909 den Mächten die „Neutralisierung“ der mandschurischen Eisenbahnen, d. h. deren Kauf und Übernahme durch ein internationales Syndikat, vor, in der Erwartung, daß dann die Mandschurei als chinesisches Gebiet wirklich dem Handel aller Mächte offen stünde. Japan und Rußland versichern sich darauf in einem neuen Vertrag den jetzigen Zustand in der Mandschurei. Rußland allerdings richtet von da an sein Hauptaugenmerk auf Turkestan und die Mongolei. Die nördliche Mongolei erklärt sich auf sein Treiben 1911 von China unabhängig. England, das Rußland jetzt gegen Deutschland braucht, anerkennt im gleichen Jahr die besonderen Interessen Rußlands und Japans in der Mongolei und Mandschurei. Das englisch-japanische Bündnis wird auf zehn Jahre erneuert. Für die Teilnahme am Weltkrieg spricht England Japan das deutsche Pachtgebiet von Kiautschou auf der Schantung-Halbinsel zu. Auf der Washingtoner Konferenz von 1921/22 zwingen die Vereinigten Staaten aber England zu einer Kursänderung. Es muß Japan fallen lassen, das Bündnis mit ihm wird nicht erneuert. Japan hat Kiautschou wieder aufzugeben. England tritt den Rückzug aus Ostasien an; zur Deckung seiner mittelasiatisch-indischen Stellung beschließt es die Befestigung von Singapur.

Heute hält Japan den Augenblick für gekommen, seine Ziele auf dem asiatischen Festland wieder aufzunehmen, ohne daß es dabei ein entscheidendes Eingreifen der übrigen Mächte befürchten muß. England kann sich, abgesehen von seinen augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Mutterland, mit einem unruhigen Indien im Rücken nicht in weitgehende Unternehmungen in Ostasien einlassen. In Rußland sind alle Kräfte durch die Verwirklichung des Fünfjahrplanes angespannt; ob darüber hinaus noch welche frei sind zu größeren Unternehmungen im fernen Osten, erscheint fraglich. Amerika, das in der Mandschurei namhafte wirtschaftliche Belange zu verteidigen hat und in Japan überhaupt den großen Gegner seiner wirtschaftlichen Eroberung Ostasiens sieht, ist durch einen Ozean von ihm getrennt und kann ohne englische oder russische Hilfe militärisch kaum erfolgreich etwas gegen das Inselreich unternehmen. Von den europäischen Mächten im engeren Sinne fallen Italien, das genug mit der spannungsreichen eigenen Lage zu tun hat, und Deutschland, weil macht- und einflußlos, von vorneherein weg. Frankreich und die seinem Machtkreis zugehörige Staatengruppe werden durch das japanische Vorgehen nicht unmittelbar berührt; durch dessen wohlwollende Duldung schafft man sich aber umgekehrt einen Freund und künftigen Bundesgenossen, dessen man bei der zunehmenden eigenen politischen Vereinsamung dringend bedarf. Das ungefähr ist die Lage, als die Nachricht vom Einmarsch japanischer Truppen in die Mandschurei wie eine Bombe in die in Genf versammelte Völkerbundsgesellschaft einschlägt.

* * *

China ruft als Mitglied des Völkerbundes sofort dessen Artikel 11 an, wonach im Falle eines Krieges oder einer Kriegsdrohung der Völkerbund die zur wirksamen Wahrung des Friedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Der bereits versammelte Rat beschließt einen Resolutionsentwurf, in dem gefordert wird 1. die Unterlassung aller Maßnahmen, die zu einer Verschärfung der Lage führen könnten, 2. der Rückzug der japanischen Truppen, 3. eine Untersuchung an Ort und Stelle durch Vertreter der Großmächte, 4. eine gemeinsame Beratung der mandschurischen Frage mit Amerika und Rußland. Schon am folgenden Tag meldet ein Telegramm aus Tokio, das japanische auswärtige Amt gebe bekannt, daß das besetzte Gebiet in Räumung begriffen sei. Einen Tag später läuft die amerikanische Antwort ein. Sie enthält neben einigen höflichen Worten an den Völkerbund die Ablehnung eines gemeinsamen Vorgehens; Amerika gibt zu verstehen, daß wenn es in der mandschurischen Frage etwas unternehmen will, es das auf eigene Faust und Verantwortung tun will: „Ich (Hoover) gebe Ihnen die Versicherung ab — heißt es in der amerikanischen Note —, daß die Regierung der Vereinigten Staaten volle und herzliche Sympathie für die Haltung des Völkerbundes hegt . . . und daß sie im Begriff steht, Japan und China Noten zu überreichen, die in einem ähnlichen Sinn abgefaßt sind.“ An Rußland scheint man schließlich, so weit aus den Zeitungen zu ersehen ist, gar nicht gelangt zu sein. Im Völkerbund selbst stehen sich zwei Gruppen gegenüber: die eine, die für den Hauptbetroffenen, das Chinesische Reich, Partei nimmt und ein entschlossenes Eingreifen des Völkerbundes für unumgänglich hält; die andere, die Japans Vorgehen geschehen lassen und verhindern will, daß etwas Entscheidendes dagegen vorgekehrt wird. Den Ausschlag dürfte England gegeben haben; es konnte es sich unter den heutigen Umständen nicht leisten, gegen Frankreich Stellung zu nehmen, das in Genf zweifellos Japan die Stange hielt und auf die Lahmlegung des Völkerbundes hinarbeitete. Seinem Bestreben kam der Umstand zugut, daß für ein Eingreifen in Ostasien die Mitwirkung der beiden dort ausschlaggebenden Nichtvölkerbundsmitglieder Rußland und Amerika fehlte. Der Völkerbund war praktisch handlungsunfähig.

Diesen Verhältnissen dürfte der Völkerbundsrat in seiner Geheimfugung vom 25. September Rechnung getragen haben und einig geworden sein, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Von den Forderungen des ursprünglichen Resolutionsentwurfes hatte Japan bereits diejenige nach einem Rückzug seiner Truppen angenommen; der Einsetzung einer Untersuchungskommission aus Vertretern der Mächte dagegen widersetzte es sich beharrlich, damit den Wert des ersten Zugeständnisses wieder aufhebend. China fühlt jetzt, daß man im Begriff ist, es fallen zu lassen und erinnert den Völkerbund an seine Pflicht. Es muß sich, nach einem weiteren Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“, aber sagen lassen, daß es keinen Grund habe, das Vorgehen des Völkerbundes ungenügend zu finden: „Der britische Delegierte Cecil machte gegenüber den Äußerungen des chinesischen Delegierten geltend, daß der Rat seinen Verpflichtungen aus dem von China angerufenen Art. 11 nachgekommen sei. . . Weitere Maßnahmen könne der Rat in diesem Augenblick nicht ergreifen.“ In China ist man tief betroffen über die Niederlage des eigenen Landes in Genf. Erregte Studenten überfallen in Nanking den chinesischen Außenminister Wang als den dafür Verantwortlichen. Die Entscheidung des Rates ist aber endgültig. Auch als in den nächsten Tagen erneut alarmierende Nachrichten über die Vorgänge in der Mandschurei durchsickern. „Br.“ berichtet (in der „N. Z. Z.“) unterm 29. September aus Genf: „Die Befürchtung einer ungünstigen Rückwirkung der letzten Nachrichten aus der Mandschurei auf die Genfer Bemühungen zur Beilegung des chinesisch-japanischen Konflikts hat sich vorläufig nicht bewahrheitet. In der heute abgehaltenen Sitzung des Völkerbundsrates wurde die angebliche Autonomiebewegung in der Mandschurei überhaupt von keiner Seite berührt.“ Am 29. September geht die Versammlung auseinander, nachdem der (rumänische) Präsident in seiner Schlußrede eine „sich weit über jede konventionelle Phraseologie erhebende Würdigung und Zusammenfassung der Arbeiten der 12. Völkerbundsversammlung unter dem Kriterium der Existenz- und Aktionsfähigkeit des Völkerbundes auch in den Zeiten der schwersten Krise“ geboten hatte („N. Z. Z.“). Der Rat vertagt sich am 30. September auf Mitte Oktober nach Abgabe einer Erklärung, daß eine dringende Gefahr für den Frieden in der Mandschurei nicht mehr bestehe.

* * *

Was für eine Stellung nimmt unsere schweizerische Öffentlichkeit und Presse zu diesem Verhalten des Völkerbundes ein? Greifen wir, als besonders kennzeichnend, wiederum die Haltung der „Neuen Zürcher Zeitung“ heraus. Daß die mandschurische Angelegenheit eine Art letzter Prüfstein des Völkerbundes bedeutet, wird richtig erkannt: „Für den Völkerbund bedeutet der chinesisch-japanische Konflikt eine der schwersten, vielleicht die schwerste Belastungsprobe seit seinem Bestehen“ (Bericht vom 24. September). Noch sieht man aber nicht klar, wie die Dinge laufen; auf alle Fälle erscheint vorerst Japan als der Störenfried: „Selbst wenn Japan triftige Gründe für sein Vorgehen in der Mandschurei gehabt hätte, würde es sich durch sein Sträuben gegen die Intervention des Völkerbundes ins Unrecht setzen“ (Bericht vom 24. September). Am folgenden Tag tritt indessen bereits die ersehnte „Entspannung“ ein; es ist jetzt entschieden, daß nichts gegen Japan unternommen werden soll. Daher wird nun von einem japanischen Einlenken berichtet; es war überhaupt mit dem Vorgehen Japans gar nie so schlimm; die Verantwortung dafür fällt allein auf ein paar ruhm- und streitsüchtige Militärs: „Als einen erfreulichen Erfolg der bisherigen Genfer Bemühungen darf man jedenfalls jetzt schon die Tatsache verzeichnen, daß Japan sich unter dem Druck der allgemeinen Mißbilligung seines Vorgehens gezwungen sieht, alle annexionsistischen Pläne öffentlich zu desavouieren und die Loyalität seiner Absichten zu beteuern [als ob das nicht jeder zu einer Eroberung schreitende Staat getan hätte!]. Falls

die japanischen Generalstäbler gehofft haben, inmitten der krisenhaften Verwirrung der Weltlage ein eigenes Spiel in der Mandchurei spielen zu können, so ist diese Hoffnung bereits gründlich enttäuscht worden" (Bericht vom 25. September).

Ist es aber mit Japans Absichten gar nicht so schlimm und der Völkerbund braucht gar nichts gegen sein Vorgehen zu unternehmen, dann hat China auch keinen Grund, sich ernstlich über Japan zu beschweren und dem Völkerbund ständig mit anmaßenden Klagen und Forderungen in den Ohren zu liegen: „Die Chinesen haben in den mandchurischen Zwischenfällen [aus dem militärischen Einmarsch der Japaner ist bereits eine Reihe harmloser „Zwischenfälle“ geworden!] den Beginn eines japanischen Expansions- und Annexionsfeldzuges gesehen. . . Jetzt scheint sie ein gewisses Ressentiment dazu verführen zu wollen, sich nicht mit diesem Erfolg (der Intervention des Völkerbundes) zu begnügen, sondern eine öffentliche Demütigung Japans zu fordern [der Schwache, der vom Völkerbund den Schutz seiner Rechte fordert, demütigt damit den Starke, der sein Recht vergewaltigt hat!]. Wenn sie auf diesen Absichten beharren sollten, würden sie freilich ihre bisherige günstige moralische Position schwer gefährden; denn der Völkerbund ist nicht dazu da, einzelne Staaten zu erhöhen und andere zu erniedrigen [richtiger ausgedrückt: das Recht vor der Gewalt zu schützen!]; sondern er hat eminent praktisch-politische Ziele und Aufgaben, darunter als vornehmste diejenige der Friedenssicherung" (Bericht vom 27. September).

Nach der Meinung der „N. Z. Z.“ wäre diese „Friedenssicherung“ im Falle der Mandchurei bereits längst erreicht: „Ein Streitfall, der vor dem Bestehen des Völkerbundes fast unvermeidlich zum Krieg geführt hätte, ist durch die Aktion des Völkerbundsrates der friedlichen Regelung entgegengeführt worden" (Bericht vom 1. Oktober). Wer mit der jüngsten Geschichte Ostasiens und den allgemeinen Methoden der Großmachtspolitik ein wenig vertraut ist, mußte aber wissen, daß es sich bei den ganzen Vorgängen in der Mandchurei um ein planmäßiges Vorgehen und eine Vorbereitung weitgesteckter Ziele handelte. Die neuesten Nachrichten aus Ostasien, die die „N. Z. Z.“ ihren Lesern allerdings mit Vorliebe vor-enthält, bestätigen das vollauf. Japan hat seine Truppen nicht nur nicht zurückgezogen, sondern planmäßig weitere entscheidende Punkte in seine Gewalt gebracht. Fällt nicht eine Großmacht ihm im letzten Augenblick durch Drohung mit Kriegsgewalt in den Arm, und glaubt sich China im Stand, den Krieg mit Japan aufzunehmen, dann steht der Ausbruch dieses Krieges vor der Tür, unbekümmert darum, ob es in Genf einen Völkerbund gibt oder nicht.

Muß der Völkerbund hier in der Friedenssicherung vollständig versagen — er ist eben weltpolitisch nur eine Sondergruppe von Mächten —, dann bliebe ihm wenigstens die eine Aufgabe: zwar nicht „einzelne Staaten zu erhöhen und andere zu erniedrigen“, aber den Tatbestand, aus dem heraus der Streitfall entstand, vor aller Welt festzustellen. Mit dem aber, was der Völkerbund jetzt getan hat, hat er nicht nur der „Friedenssicherung“ keinen Dienst erwiesen, er hat damit auch noch das gewaltsame Vorgehen des Stärkeren gegen den Schwächeren gewissermaßen sanktioniert. Was früher die Großmächte allein besorgen mußten: ihren Gewalt-handlungen das Mäntelchen des Rechts umzuhängen, das besorgt jetzt der Völkerbund für sie. Denn nachdem der Völkerbund einmal entschieden hat, nichts gegen Japan zu unternehmen, muß er aus eigenen Prestigegründen jedes weitere japanische Vorgehen beschönigen und als möglichst harmlos hinstellen. Darum berührte er beispielsweise auch die Frage der durch Japan geschürten Selbständigkeitsbewegung in der Mandchurei in seinen letzten Sitzungen gar nicht mehr. Der Geprügelte dabei ist natürlich der Angegriffene, der in seinen Rechten Verletzte, der Schwache. Er muß nicht nur die Gewalt über sich ergehen lassen. Er muß auch, wenn er sich nicht den Unwillen der Völkerbundsmächtigen zuziehen will, noch dazu schweigen und gute Miene zum bösen Spiel machen.

Die Schweiz ist ein kleines Land. Sie wird machtmäßig in jedem möglichen Streitfall der Schwächere sein. Also müßte sie eine solche Art internationaler Politik aufs entschiedenste verurteilen, ja bekämpfen, auf jeden Fall aber nicht mitmachen. Was lesen wir aber in der „N. Z. Z.“: „Man muß von einem gewissen politischen Illusionismus ausgehen, wenn man die Aktion des Völkerbundes . . . als unbefriedigend kritisieren oder sogar auch im vorliegenden Falle das berühmte „Versagen“ des Völkerbundes konstruieren will“ (28. September). Eine angebliche formelle Unzuständigkeit des Völkerbundes wird herbeigezogen, um seine Stellungnahme als gerechtfertigt erscheinen zu lassen: „Der Völkerbundsrat ist auf Grund von Art. 11 des Paktes zur Intervention aufgefordert worden. . . Einen Rechtstitel für eine über die „Wahrung des Friedens“ hinausgehende Intervention scheint er, solange kein anderer Artikel des Paktes angerufen ist, nicht zu besitzen“ (28. September). Die Erkenntnis des wirklichen Tatbestandes ist dabei durchaus vorhanden: „Man wird in Völkerbundskreisen darauf gefaßt sein, daß der heutige Vertagungsbeschuß des Rates nicht nur wohlwollende Kritiker findet. Es sieht tatsächlich nach außen nicht sehr imposant aus, daß sich der Rat vertagt, bevor die Zurückziehung der japanischen Truppen beendet ist“ (1. Oktober). Aber nur wer für die „Eigentümlichkeiten“ des Völkerbundes kein Verständnis habe, werde nach diesem äußeren Anschein urteilen: „In Kreisen, wo man für die Eigentümlichkeiten der Genfer Institution nicht genügendes Verständnis hat, wird man wiederum von einem Zurückweichen des Völkerbundes vor Japan sprechen, während in Wirklichkeit der Rat in der Sache vor Japan nicht zurückgewichen ist, sondern nur eine elastische Methode angewandt hat“ (1. Oktober). Zugleich wird alles, was nicht diese „elastische“ Methode befolgt, sondern gegebenenfalls der Gewalt zu troßen und für das Recht des Schwächeren einzutreten bereit wäre, als „Prestigepolitik“ abgestempelt und es als ein Glück gepriesen, daß der Völkerbund keine derartige Prestigepolitik treibe: „Es muß geradezu als ein Glück bezeichnet werden, daß der Völkerbund . . . nicht auch Prestigepolitik für sich selbst treibt“ (1. Oktober). Mehr auf den Kopf stellen kann man die Dinge wohl nicht; denn was der Völkerbund die ganzen letzten Wochen hindurch getrieben hat, war überhaupt nichts anderes als Prestigepolitik für sich selbst. Machtmäßig konnte er gegen den japanischen Einmarsch in die Mandschurei nichts vorkehren; und um das nicht offen eingestehen zu müssen, hat er sich den Anschein gegeben, als ob er ernsthaft dagegen eingreife. Die in ihm ausschlaggebende Staatengruppe, diejenige des französischen Machtkreises, dagegen wollte nicht, daß der Völkerbund, auch nicht rechtlich-moralisch, gegen Japan in Bewegung gesetzt würde; darum mußte, damit sein Gesicht gewahrt blieb, der wahre Sachverhalt verschleiert oder in sein Gegenteil verkehrt werden.



Selbst die oberste Gerichtsinanz des Völkerbundes, der Haager Gerichtshof, hat vor kurzem in der Frage der deutsch-österreichischen Zollvereinigung nach rein machtmäßigen Gesichtspunkten entschieden. Eine Mehrheit von acht Richtern stellte, ohne sich um die sachliche Begründung ihres Urteils allzu sehr zu sorgen, Unvereinbarkeit dieser Vereinigung mit dem Vertrag von St. Germain und dem 1922er Protokoll fest. Sie setzte sich, außer Italien, ausschließlich aus Staaten zusammen, die dem französischen Machtkreis zugehören oder französischem Einfluß zugänglich sind. Bei der siebenköpfigen Minderheit, die im geplanten Zollzusammenschluß Deutschlands und Österreichs keinen Verstoß gegen die Friedensverträge erblickte, befanden sich neben Deutschland England, Amerika, Holland, Belgien, China und Japan. In Amerika war dieser Entscheidung den Gegnern einer amerikanischen Beteiligung am Haager Gerichtshof sehr erwünscht; sie konnten darauf hinweisen, daß das Gericht bei der ersten schweren Frage, die ihm zur Lösung

übertragen worden sei, die Rechtsgrundsätze außer Acht gelassen, sich nach rein politischen Gesichtspunkten gespalten und ausschließlich nach Erwägungen politischer Opportunität entschieden habe. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ wurde die machtmäßige Verunmöglichung des deutsch-österreichischen Planes als „Abchluß eines unerfreulichen internationalen Zwischenspieles“ begrüßt, das „der Ausgangspunkt für eine ganze Kette internationaler politischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen der vergangenen Monate gewesen“ sei.

Die „N. Z. Z.“ spielt hier auf die Verschlechterung der französisch-deutschen Beziehungen im laufenden Jahr an. Wenn sie aber um diese Beziehungen so besorgt ist, warum leiht sie dann Bestrebungen ihre Unterstützung, die diese Beziehungen noch unheilvoller gestalten müssen? Unterm 15. September hat sie ihren Pariser Berichterstatter die Trommel rühren lassen für die Schaffung eines *unabhängigen Saarstaates* unter Oberhoheit des Völkerbundes, durch die eine saubere Erledigung der an sich schon reichlich wenig sauberen Saargebetsangelegenheit verhindert werden soll. Ist es denn wirklich nicht genug an dem einen „Danzig“ im Osten, muß Europa und das deutsch-französische Verhältnis auch noch mit einem solchen im Westen belastet werden? Es steigen einem unwillkürlich Zweifel auf an der Aufrichtigkeit der Sorge, die die „N. Z. Z.“ für ein ge-deihliches deutsch-französisches Verhältnis befundet.

Und schließlich: könnte es nicht einmal auch unser Land treffen, wenn im zwischenstaatlichen Leben Gewalt und Rechtsbeugung immer offener gebilligt, immer allgemeiner wie als etwas Selbstverständliches hingenommen und selbst von den Kleinen und machtmäßig schwachen Staaten immer mehr mitgemacht wird? Wir haben bekanntlich seit Jahren auch eine nicht ganz unwichtige Angelegenheit vor dem Haager Gerichtshof anhängig. Vor drei Jahren sprach sich dort eine Mehrheit von neun Richtern zugunsten des schweizerischen Rechtsstandpunktes aus. Vor einem Jahr waren es bei einer neuen Zusammensetzung des Gerichts noch sechs Stimmen für uns, die nur dank dem Stichentscheid des Präsidenten die geschlossene Gruppe der sechs gegen uns gerichteten Stimmen überwogen. Wie aber, wenn der Niedergang des allgemeinen Rechtsbewußtseins und der allgemeinen Rechtsgeltung in der Welt weiter fortschreitet und schließlich auch im *Zonenprozeß* die von der „N. Z. Z.“ so gerühmte „elastische Methode“ obliegt, deren Sinn ja einzig ist, der Gewalt zu weichen, den Gewaltstreich des Mächtigen nachträglich zu sanktionieren und dem, dem Unrecht widerfahren ist, das Nachsehen zu lassen.

Wieso kommt eine „Neue Zürcher Zeitung“ und eine Anzahl weiterer schweizerischer Blätter, und mit ihnen ein Teil unserer Öffentlichkeit dazu, in der Welt gerade den Kräften ihre Unterstützung zu leihen und diejenigen Bestrebungen gutzuheißen und mitzumachen, die unserm Land und Volk, mittelbar oder unmittelbar, zum Verderben ausschlagen müssen? Unwissenheit? Kurzsichtigkeit des sich in seiner eigenen Stellung nicht mehr sicher Fühlenden? Unterwürfigkeit gegenüber dem Mächtigen, um sich dessen Wohlwollen zu erkaufen? Feigheit desjenigen, der vom Leben nur den Genuß will und der Pflicht ausweicht, unter dem Einsatz seiner Person für das geistige und staatliche Dasein seines Volkes zu kämpfen? Vielleicht täuschen wir uns aber und werden von der „Neuen Zürcher Zeitung“ selbst einmal über die wahren Gründe ihrer Haltung aufgeklärt!

Zürich, den 5. Oktober 1931.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Man vergißt beinahe die Politik! / Die Rolle des Völkerbunds. / Die Stellung der europäischen Mächte nach den jüngsten Ereignissen.

Zäh und unerwartet hat die wirtschaftliche Krise auch die bisher außerordentlich solid fundierten Länder ergriffen. Die ganze Welt steht unter dem beherrschenden Eindruck dieser Schlag auf Schlag eintreffenden Nachrichten über die finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbrüche und Schwankungen. Der Sturz des englischen Pfundes, die Ausschaltung Londons als Mittelpunkt der internationalen Finanz, die Schwierigkeiten in den nordischen Ländern sind ernste Zeichen. Das Zusammenbrechen immer neuer Banken in allen Teilen der Welt, die Liquidierung bisher sehr angesehener großer Firmen, das rasche Emporschnellen der Zahl der Arbeitslosen, das Einsetzen von „nationalen Regierungen“, all diese Ereignisse lassen nicht mehr verkennen, daß wir vor den ernstesten wirtschaftlichen Gefahren stehen. Bereits hat denn auch eine gewisse Panik die Köpfe ergriffen, die natürlich die Schwierigkeiten erst recht groß werden läßt und die deshalb von allen den Kräften weidlich unterstützt wird, die an der allgemeinen Not ihre Geschäfte zum Reifen bringen möchten.

Angesichts dieser Dinge ist es nur zu begreiflich, daß heute alles wie hypnotisiert auf die Wirtschaft und die Finanz starrt. Fieberhaft sucht man nach Abhilfe aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Nöten. Dabei vergißt man aber ganz, was eigentlich diese furchtbare Lage geschaffen hat. Nicht die Wirtschaft selbst ist der Hauptschuldige an der heutigen Lage, die Politik darf das ohne weiteres für sich in Anspruch nehmen. Die Politik der Gewalt, der schrankenlosen Ausübung der Macht hat uns in die heutigen Zustände hineingeführt.

Gerade rechtzeitig hat das wieder einmal Japan bewiesen, das seinerseits den jetzigen Augenblick für besonders günstig hält, um seine imperialistischen Pläne in die Tat umzusetzen. Selbstverständlich hat Japan für seine Ausdehnungspolitik eine objektive Rechtfertigung. Das Land ist überbevölkert. Es vermag trotz seiner Industrialisierung die rasch wachsende Bevölkerung nicht zu ernähren. Es braucht Abflußmöglichkeiten für den Bevölkerungsüberfluß und Absatzfelder für seine Industrieerzeugnisse. Das gegenüberliegende Festland soll dem Inselreich beides bieten. So sehen wir denn Japan seit drei Jahrzehnten zielbewußt dorthin seine Ausdehnungspolitik betreiben. Korea hat es seit 1904 fest in der Hand. In der nördlich angrenzenden Mandschurei hat es sich wichtige Rechte verschafft und betreibt auf sie gestützt die Politik der wirtschaftlichen Durchdringung. Die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten standen immerhin diesem Vorgehen im Weg. Jetzt, wo alle durch die Wirtschaftsnöte gebunden sind, hat Japan wieder einen Schritt vorwärts getan und man kann sicher sein, es wird seine jetzige günstige Lage ausnützen, um die lange vorbereitete Ernte unter Dach zu bringen. Die Folgen sind natürlich einstweilen weitere schwere wirtschaftliche Störungen im fernen Osten. In einem Augenblick schwerster Wirtschaftsnot vergrößert also die japanische Machtpolitik diese Not noch wesentlich, lediglich um politisch weiter zu kommen.

In ähnlicher Weise sind für die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Führer der europäischen Politik verantwortlich, vor allem jene der Siegerstaaten von 1918. Sie haben damals Europa neu verteilt und damit eine Lage geschaffen, die nie Ruhe eintehren läßt. Die damalige zum großen Teil wirtschaftlich sinnlose oder sinnwidrige Grenzziehung hat unendliche wirtschaftliche Werte vernichtet, zahllose unnütze Neuschöpfungen veranlaßt. Der politische Widersinn der neuen Verträge hat die ständige politische Unruhe geschaffen, die die Rüstungsausgaben ins Unendliche steigerte. Der hemmungslose Nationalismus in den neuen Staaten vor allem hat immer aufs neue den politischen Zielen zuliebe wirtschaftliche Werte zu Grunde gerichtet. Die politischen Gegensätze zwischen den Staaten

haben auch die Wirtschaftsbeziehungen ständig erschwert. So ist es denn schließlich zu dem heutigen Zustand gekommen, der auch die bisher reichsten Staaten in die ernsteste Not bringt.

Gerade die politische Grundlage des wirtschaftlichen Zusammenbruchs aber läßt es voraussehen, daß mit wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen allein die Rettung nicht zu erreichen sein wird. Wie soll Deutschland ohne die gänzliche Aufhebung der sogenannten Reparationen wieder in einen gedeihlichen Zustand kommen und von dem Zwang zur Unterbietung der fremden Wirtschaft erlöst werden? Wie soll das bis zur Lebensunfähigkeit beschnittene Osterreich oder Ungarn unter den heutigen Verhältnissen wieder die Lebensmöglichkeit gewinnen? Wie sollen die Rüstungsausgaben vermindert werden, wenn kein Staat dem andern traut und trauen kann? Deshalb wird eine wirtschaftliche Festigung und überhaupt ein gedeihlicher Zustand Europas nur dann möglich sein, wenn eine politische Entspannung erfolgt. Das aber erscheint nur denkbar, wenn Frankreich seine Politik anders einstellt. Wird es dazu kommen? Das ist die Schicksalsfrage Europas!

* * *

Neues hat übrigens der sich überstürzende Gang der Ereignisse nicht gebracht. Er hat allerdings die Grundlinien unserer politischen Entwicklung wieder einmal deutlich genug gezeigt, wenigstens denen, die hinter all den Wirtschaftsnöten noch die politischen Kräfte in ihrer Wirksamkeit zu erkennen suchen.

Da haben wir zunächst einmal den V ö l k e r b u n d. Er hat soeben Rat und Versammlung viele Wochen lang beisammen gesehen. In Genf ist sehr viel geredet worden, davon aber ist sehr wenig der breiteren Öffentlichkeit überhaupt zum Bewußtsein gekommen. Es war eben eine schlechte Zeit für den Völkerbund. Selbst die Form ist diesmal nur teilweise aufrecht erhalten geblieben, denn die Führer der europäischen Politik konnten sich lange nicht alle entschließen, nach Genf zu fahren und dort eine schöne Rede zum Fenster hinaus zu halten. Dafür waren die Zeiten zu bewegt. Die Großmächte waren denn auch eifrig beschäftigt, untereinander zu verhandeln. Wie jedesmal, wenn wirklich ernste Fragen zur Behandlung stehen, hat man es allerseits vorgezogen, diese Dinge unter Umgehung Genfs zu erledigen. Das war diesmal besonders auffallend, da ja der Völkerbund in Genf gleichzeitig in Vollversammlung beisammen saß. Das Verhalten der europäischen Großmächte bedeutete eigentlich eine gänzliche Desavouierung des Völkerbundes. War es da ein Wunder, daß sich die Genfer Verhandlungen im großen Ganzen unter allgemeiner Unaufmerksamkeit der öffentlichen Meinung aller Länder abwickelten?

Positives ist natürlich bei den Verhandlungen nichts herausgekommen. Die Abrüstungsfrage wurde kaum angeschnitten. Selbst über die kommende große Abrüstungskonferenz herrscht jetzt wieder völlige Unsicherheit. Die ganze bisherige Tätigkeit des Völkerbundes in den Wirtschaftsfragen wurde von einem so befugten Beurteiler wie unserm Landsmann Stucki als völlige Pleite bezeichnet, als restloses Versagen. Was sonst alles in Kommissionen und der Vollversammlung verhandelt und beschlossen wurde, ist lediglich gut, um die fetten Diäten der Vertreter aller Herren Länder zu rechtfertigen. Im übrigen kann man es getrost zum bereits unendlichen Haufen Völkerbundsmafulatur rechnen.

Im letzten Augenblick kam dann doch noch ein wichtiges Geschäft für den Völkerbund, die Vermittlung im chinesisch-japanischen Streit. Die Lage war ja ganz klar: Japan hatte mitten im Frieden eine bewaffnete Aktion begonnen, die man früher einfach als Krieg bezeichnet hätte. In einem solchen Falle war die Aufgabe des Völkerbundes gegeben und diesmal wollte es ja das Glück, daß der Rat und die Versammlung gerade beisammen waren. Da war die Gelegenheit günstig, so günstig wie noch selten, um zu zeigen, was der Völkerbund eigentlich vermag.

Dazu bot China noch alles auf, um Genf sofort in Bewegung zu setzen. Aber die Sache hatte einen Haken: Es war eben eine Großmacht beteiligt und Japan machte durchaus nicht Miene, irgendwie dem Völkerbund entgegenzukommen. Deshalb war man in Genf in großer Verlegenheit, was man eigentlich machen sollte. Sorgfältig mußte jeder Druck vermieden werden, um keine öffentliche Zurückweisung und damit eine Bloßstellung zu erfahren. Fast verzweifelt wurde die Lage, als Japan sich allem Zureden unzugänglich erwies. Da lauteten die Berichte aus Genf recht düster. Schließlich aber brachte das Eingreifen der Vereinigten Staaten doch noch in Japan einen Meinungsumschwung zu Stande und man beschloß, wenigstens dergleichen zu tun, als ob man nachgeben wolle. Hochbeglückt gratulierte sich der Völkerbundsrat öffentlich selbst zu seinem Erfolg und erließ nachträglich eine hochtrabende Erklärung. In der Schweizer Presse aber kann man lesen: Der Sieg des Völkerbundes!

In Wirklichkeit denkt Japan gar nicht daran, seine Machtpositionen preiszugeben, sondern ist ganz im Gegenteil eifrig damit beschäftigt, sie zu sichern. Nachdem die Chinesen ernsthaften Widerstand weder leisten wollten noch konnten, ist ja jetzt auch keine größere militärische Machtentfaltung mehr nötig. Man kann sich also darauf beschränken, die wichtigsten Stellen fest in der Hand zu halten und im übrigen nun die diplomatischen Kriegsmittel zu gebrauchen. Das ist auch dadurch geschehen, daß man mit gekauften Chinesen eine „unabhängige“ Mandschurei auf die Beine zu stellen sucht. Was kann unter solchen Umständen aus den unmittelbaren Verhandlungen zwischen Japan und China werden?

Aus dieser ganzen Entwicklung geht klar hervor, daß der Völkerbund einer Großmacht gegenüber völlig ohnmächtig ist. Die Verhandlungen in solchen Fällen laufen wie früher einfach über die andern Großmächte und von ihrem Ergebnis hängt es ab, was geschieht. Es kann also keinem Kleinstaat geraten werden, sich in einer Notlage auf den Völkerbund zu verlassen. Diese ganze Lage ist natürlich nichts Neues und auch nichts besonders Belastendes für den Völkerbund. Merkwürdig aber berührt es einem, daß sich besonders in unserm Land immer noch eine Menge Leute finden, die ruhig trotz aller gegenteiligen Erfahrungen dem Völkerbund weiter ganz mystische Kräfte zuschreiben und an diese mit allen Fasern glauben. So ganz ungefährlich ist eine derartige Selbsttäuschung schließlich auch nicht! Aus ihr wird ja in der Schweiz die Berechtigung zur Forderung unserer vollständigen Abrüstung und zur fröhlichen Bekämpfung unseres gesamten Wehrwesens abgeleitet. So kann man auch jetzt die Umfälschung des naturnotwendigen Versagens des Völkerbundes im japanisch-chinesischen Streitfall in einen großen Sieg nur mit Bedauern mitansehen.

* * *

Die politische Lage der Großmächte, wie sie hier schon oft darzustellen versucht wurde, hat auch durch die letzten ereignisreichen Wochen keine Veränderung, wohl aber eine Klarstellung erfahren. Das gilt vor allem von der Stellung Englands. Ihre steigende Erschütterung und Schwächung ist ja jedem Beobachter seit Jahren klar gewesen. Nun ist all das, was unter der Oberfläche schwelte und heranreifte, ausgebrochen. Plötzlich ist die schwere Gefährdung der wirtschaftlichen und damit auch der finanziellen Lage nun offensichtlich geworden. Das Ergebnis der seit Jahren dauernden Absatzstörungen und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit hat sich schließlich in der Finanznot der jüngsten Zeit offenbart. Plötzlich sieht nun jedermann, wie erschüttert heute die Stellung des vor dem Weltkrieg so unerschütterlich scheinenden Englands ist. Endgültig wohl wandert das wirtschaftliche und finanzielle Schwergewicht der Welt aus London ab. Was das politisch bedeutet, das wird erst die Zukunft zeigen. Eine erste Frucht aber wird man wohl schon im Verlauf der hängigen britisch-indischen Verhandlungen erkennen können.

Sie werden kaum einen für England günstigen Ausgang nehmen. Und ähnliches gilt von den großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, die im Gange sind. Die Zeit des enormen Übergewichts Großbritanniens scheint abgeschlossen.

Übrigens kann auch nicht behauptet werden, daß die schwere Zeit bisher in England Führer von entsprechendem Kaliber und ein Volk von entsprechender Haltung gefunden hat. Der Streit der Parteien tobt in dieser Krise schärfer als je. Den breiten Massen scheint nur daran gelegen zu sein, nichts opfern zu müssen. Die Parteien, vor allem die als so vernünftig gepriesene Arbeiterpartei, lassen sich ebenfalls nur von der parteipolitischen Spekulation auf die Stimmen der aufgebrachten Massen leiten. All das bietet kein erbauliches Schauspiel für einen britischen Patrioten und man fragt sich, was wohl Gandhi von den Leuten denkt, die ihn aus Leibesträften feiern, der Mann, der England und vor allem den englischen Arbeitern wohl am meisten geschadet hat? Wird der Führer des aufständischen Indiens wohl große Hochachtung vor dem politischen Verstand jener Textilarbeiter empfinden, deren Leben er durch den Boykott in Indien unmöglich macht? Und die ihm trotzdem zujubeln, nur weil er gegen die englische Regierung steht? Wo bleibt da der berühmte englische kühle Verstand?

Inzwischen wird auch immer deutlicher, wie sehr sich Frankreich finanziell gefestigt hat und auch die politischen Auswirkungen dieses Zustandes werden allmählich ganz klar. Frankreich braucht ja nun keine Rücksicht mehr auf den seit 1918 so oft bitter empfundenen englischen Hemmschuh zu nehmen. Es kann jetzt die eigenen Pläne ungestört verfolgen. Daß es das mit aller Energie tut, das haben die letzten Wochen gezeigt. Das mächtige System von Versailles wird allenthalben ausgebaut und ergänzt. Im Osten laufen die Bestrebungen, einstweilen Rußland ungefährlich zu machen. Im Donaubecken tauchen die alten Pläne der Donaukonföderation wieder auf, mit dem Endergebnis einer Wiederherstellung Österreich-Ungarns in stark vergrößertem Umfange und unter absoluter Führung Frankreichs. Diese Gruppierung ließe sich natürlich ebenso gut gegen Deutschland wie gegen Italien gebrauchen. Über Belgien wird aktiv daran gearbeitet, auch Holland in dauerhafte Verbindung mit dem französischen Machtssystem zu bringen. Das ist ja jetzt nach dem einstweiligen Wegfall des englischen Rückhalts gar nicht aussichtslos.

Im Großen läuft natürlich alles auf eine völlige Einkreisung Deutschlands hinaus, dessen außenpolitische Positionen merklich geschwächt worden sind. Vor allem leiden die volksdeutschen Außenposten unter der jetzigen Entwicklung. Dazu kommt die innere Schwächung durch die wirtschaftliche Not. Wird Deutschland unter solchen Umständen sich auf die Dauer der Eingliederung in das französische Machtssystem auf dem europäischen Festlande entziehen können? Um diese Frage geht es jetzt. In Frankreich gibt es ohne Zweifel Kreise, die diese Frage verneinen und die heute schon auf einen nahen Erfolg der französischen Einkreisungspolitik rechnen. Um solche Dinge drehen sich die jetzigen deutsch-französischen Verhandlungen von Frankreich aus gesehen. Denn an ein anderes Entgegenkommen gegenüber Deutschland als ein solches nach der Unterordnung Deutschlands unter den französischen politischen Willen denkt man heute in Paris sicher nicht mehr. Wahrscheinlich denkt man, den Weg dazu über die Wirtschaft zu nehmen und ihn so auch im Ergebnis sicherer und ertragreicher zu gestalten. Auch die Berliner haben also Anlaß gehabt, den französischen Staatsmännern bei ihrem Besuche zuzujubeln!

A r a u , den 3. Oktober 1931.

S e k t o r A m m a n n .